

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

19.9.1927 (No. 217)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Massenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsstufung erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden für die Zeit vom 8. bis 14. September

(Mitgeteilt vom Landesamt für Arbeitsvermittlung.)

Die Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes blieb auch in der Berichtswache verhältnismäßig günstig. Die Änderungsziffer erfuhr noch eine weitere leichte Senkung. Am 14. September entfielen auf 100 bei den Arbeitsämtern gemeldete offene Stellen 711 Arbeitssuchende gegenüber 741 vom 7. September. Sowohl die Erwerbslosen wie die Krisenfürsorgeempfängerziffer hat noch etwas abgenommen, erstere sank in der Berichtszeit von 13 029 um 609 auf 12 420, letztere von 6812 um 362 auf 6450.

In der Landwirtschaft blieb der starke Bedarf vornehmlich an jüngerem Gesinde, weiterhin bestehen. In den Großgüterbau konnte erneut eine Anzahl ungelehrter Arbeiterinnen vermittelt werden.

Die Steinindustrie forderte immer noch einzelne Fachkräfte an.

Innerhalb der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie haben in der Hauptsache allgemeiner Maschinenbau, Den-, Herd- und Nähmaschinenfabrikation, des weiteren auch die Uhrenindustrie, Kräfte verlangt. Die bereits im letzten Bericht erwähnte Besserung des Geschäftsganges in der Porzellan- und Schmuckwarenindustrie hat zu einer sichtlichen Belebung der Arbeitsvermittlung für diesen Sonderzweig geführt.

Die Textilindustrie benötigt unermindert Facharbeiterinnen, vornehmlich Seidenbandweberrinnen, Spulerrinnen, Aufzieherinnen und Spinnerinnen.

In der Lederindustrie waren teils kleinere Entlassungen, teils Neueinstellungen zu beobachten.

Das Holzgewerbe zeigte sich in der Hauptsache für Fräser und Kriker aufnahmefähig.

Im Nahrungsmittelgewerbe brachte die Konserbherstellung weiblichen Hilfskräften vorübergehende Mehrbeschäftigung, in der Tabakindustrie sank die Kurzarbeiterziffer innerhalb der Berichtszeit von 662 auf 606, nach Zigarren- und Wickelmacherrinnen bestand lebhaft Nachfrage.

Die Lage auf dem Bauarbeitsmarkt gestaltete sich nicht ganz einheitlich, im ganzen blieb jedoch der Vermittlungsverkehr weiterhin lebhaft. Neben Hochbau-Facharbeitern wurden insbesondere auch Kräfte für den Tiefbau benötigt.

Der Arbeitsmarkt des Hotel- und Gastwirtsberwerbes zeigte trotz Abflauens der Saison vorübergehend noch leichte Belebung.

Die Ruhrentschädigungen

Der Reichstagsuntersuchungsausschuss für die Ruhrentschädigungen legt jetzt einen ausführlichen schriftlichen Bericht vor. Das Wort des Ausschusses lautet folgendermaßen:

1. Die Entschädigungszahlungen des Reiches an den Bergbau des besetzten Gebietes beruhen auf dem Schriftwechsel zwischen dem Reichskanzler Dr. Stresemann und Hugo Stinnes vom Jahre 1923.
2. Da Ausgaben des Reiches nur auf Grund von Reichsgesetzen oder des Ertrags geleistet werden dürfen, liegt unabhängig davon, ob eine privatrechtliche Bindung vorliegt, in der ohne Wissen des Reichstages vorgenommenen Zahlung eine objektive Verletzung des Staatrechtes des Reichstages vor.
3. Doppelzahlungen an den Ruhrkohlenbergbau sind nicht erfolgt. Dagegen sind Überzahlungen in erheblichem Umfang aus der Abgeltung der Kohlenlieferungen, aus der Kohlensteuer, aus Zinsen usw. erfolgt. Der Ausschuss hält daran fest, daß Überzahlungen stattgefunden haben, deren Höhe heute mangels genauer Unterlagen nicht mehr festgestellt werden kann.
4. Es ist festgestellt worden, daß die Ansprüche derjenigen Geschädigten, mit denen ein Sonderabkommen getroffen war, auf Grund dieses Abkommens wesentlich günstiger behandelt wurden als die Ansprüche der übrigen durch die Ruhrbesetzung Geschädigten.
5. Unbestritten ist, daß eine ausreichende Abgeltung des der Arbeiter- und Angestellten sowie dem erwerbstätigen Mittelstande des Ruhrgebietes durch den passiven Widerstand und seine Auswirkung zugefügten Schadens bis heute zum Teil noch nicht erfolgt ist.

Der Ausschuss stellt fest, daß es erwünscht ist, die der Großindustrie des besetzten Gebietes gewährte Begünstigung durch ausreichende Entschädigung der geschädigten Arbeiter und Angestellten und des Mittelstandes auszugleichen.

Die Axtari-Kommission ist von Ostafrika nach Deutschland zurückgekehrt. — Wie mitgeteilt wird, hat sie sämtliche notwendigen Entschädigungen ausgezahlt, und zwar hat zu dieser Auszahlung die Summe von sechs Millionen ausgereicht. Lediglich ein unausgezahlter Rest ist also entgegen Presseberichten nicht übriggeblieben.

Die Genfer Völkerbundstagung

Ein deutscher Resolutionsentwurf zur Abrüstungsfrage
W.D. Genf, 19. Sept. (Tel.) Im Völkerbundsausschuss wurde heute vormittag der polnische Antrag zur Diffamierung des Angriffskrieges nach kurzer Aussprache auf Vorschlag des Grafen Bernstorff sowie der Vertreter Frankreichs, Italiens, Finnlands und anderer Staaten durch Akklamation einstimmig und unverändert angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte hielt Graf Bernstorff zur Begründung seines im Abrüstungsausschuss eingebrachten Entschärfungsentwurfes eine Rede. Er führte folgendes aus:

Wir dürfen die gerade Linie nicht verlassen, die sich aus den bisherigen Arbeiten des Völkerbundes auf diesem Gebiet ergibt. Die Völkerbundsversammlung hat im Jahre 1925 gesagt, die technischen Vorarbeiten für eine allgemeine Abrüstungskonferenz sollten so gefördert werden, daß die Konferenz selbst einberufen werden könne, sobald vom Gesichtspunkt der allgemeinen Sicherheit zufriedenstellende Verhältnisse gewährleistet sind. Dieser Zeitpunkt war inzwischen gekommen. Das Vertragswort von Locarno ist seither geschaffen worden. Die Initiative dazu lag bei Deutschland. Von allen Seiten hat die Völkerbundsversammlung des vorigen Jahres die Verträge von Locarno als einen eminent wichtigen Schritt auf dem Wege zur Organisation des Friedens bezeichnet. Der französische Vertreter im 3. Ausschuss war so durchdrungen von diesem Fortschritt, daß er damals durchaus das Datum für eine allgemeine Abrüstungskonferenz für das Jahr 1927 zu fixieren wünschte. Deutschland hat sich durchaus nicht negativ verhalten, sondern praktisch mitgearbeitet und hat jetzt einen neuen Beweis seiner positiven Einstellung geliefert, indem es sich entschlossen hat, die fakultative Klausel zum Statut des Internationalen Gerichtshofes in seiner Totalität anzunehmen. Jedes Völkerbundsmitglied hat also die Möglichkeit, durch Beitritt zu dieser fakultativen Klausel in ein schiedsrechtliches Vertragsverhältnis zu Deutschland zu treten.

Für die Abrüstung, dem 3. Punkt der bekannten Trilogie, ist dagegen bisher praktisch nichts erreicht. Auf diesen Punkt müssen wir unsere Bemühungen konzentrieren. Einem weiteren Ausbau der Sicherheit und der Schiedsgerichtsbarkeit stehen wir aber in keiner Weise ablehnend gegenüber. Es muß klar unterschieden werden zwischen 1. Abrüstung auf der Basis des hohen gegenwärtigen Standes der Sicherheit und 2. Förderung des Problems der Schiedsgerichtsbarkeit und Sicherheit über den gegenwärtigen Stand hinaus. Wir können nicht mit der allgemeinen Abrüstungskonferenz warten, bis wir eine absolute Sicherheit geschaffen haben. Abrüstung und Sicherheit müssen sich gegenseitig bedingen, dürfen sich aber nicht gegenseitig hindernd im Wege stehen. Mein Vorschlag geht deswegen dahin, die diesjährige Versammlung solle in einer ersten Entscheidung im vorbereitenden Abrüstungsausschuss eindeutige Richtlinien für seine weitere und beschleunigte Arbeit auf der Basis der gegenwärtigen Sicherheitsverhältnisse geben. In einer zweiten Entscheidung könne dann die Auffassung der Versammlung zusammengefaßt werden über die Anregungen, die ihr von verschiedenen Seiten, insbesondere von holländischer, norwegischer, belgischer, französischer und schwedischer Seite gemacht worden sind.

Der ungarisch-rumänische Streitfall

Im Verlaufe der Beratungen des Völkerbundesrates über den ungarisch-rumänischen Streitfall ergrieff am Samstag auch Reichsminister Dr. Stresemann das Wort, um in sehr eindringlicher und erster Form eine Erklärung abzugeben, die im Sinne des letzten ungarischen Vorschlages die Enthaltung eines Rechtsgutachtens des Haager Internationalen Gerichtshofes bezweckt. Der Minister berief sich auf das Schlüsselwort Bruch in der Völkerbundsversammlung, in dem dieser Frieden durch Schiedsgerichtsbarkeit gefordert habe. Ich bezweifle nicht, daß die Gefahr einer Revolution in Rumänien, wie das Herr Titulescu ausführt, unter Umständen gegeben ist. Aber wir alle haben mit beständigen Möglichkeiten zu kämpfen gehabt, und der Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit würde schwer erschüttert, wenn auch das Lebensinteresse eines einzelnen Staates dagegen gestellt würde.

Serbentagung des Bayerischen Patriotischen Bauernvereins

In Tuntenhäusern (Oberbayern) wurde am Sonntag die Herbsttagung des Bayerischen Patriotischen Bauernvereins abgehalten. Unter den Ehrengästen befand sich auch Ministerpräsident Dr. Held. Dr. Grollacher (B. Vpt.) wandte sich gegen Dr. Birck. Dann behandelte der Redner hauptsächlich wirtschaftliche Fragen und wendete sich bei Behandlung der Steuerfragen im Interesse der Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit Bayerns an die Vorkonferenz gegen das Reichsrahmengesetz. Zur Frage der Beamtenaufbesserung bemerkte er, daß die Bayerische Volkspartei eine Erhöhung der Beamtengehälter für notwendig erachte, aber auch fordere, daß das Reich den Ländern für die ihnen erwachsenden finanziellen Mehrausgaben eine finanzielle Beihilfe gewähre.

Ministerpräsident Dr. Held führte aus, daß nicht nur in Berlin, sondern auch in Bayern Leute seien, die das Heil für das ganze deutsche Volk im Unitarismus im Einheitsreich sähen ohne Rücksicht auf die einzelnen Stämme. Wir wollen aber unsere Selbstständigkeit bewahren weil wir die Überzeugung haben, daß die Kraft des deutschen Volkes in der Mannigfaltigkeit der Stammenseigenheiten liegt, deren Kräfte geschichtlich geworden und bis auf den heutigen Tag lebendig geblieben sind. — Dr. Heim nahm darauf gegen die Zentralisierung und Unitarisierung entschiedene Stellung.

Die Tannenberg-Feier

Sindenburg gegen die Schulstüge

In Anwesenheit des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, der Reichsminister Dr. Geiser und Dr. von Reubell und von Generalen der alten Armee, darunter Ludendorff, Madensen, Francois und Norges, sowie einer vieltausendköpfigen Menge wurde am Sonntag das 1 1/2 Kilometer von Hohenstein (Ostpreußen) entfernte Tannenbergnationaldenkmal eingeweiht.

Der Vorsitzende des Tannenbergnationaldenkmalvereins, Generalmajor a. D. Kahns, begrüßte den Reichspräsidenten. Die Tannenberg 1914 dank dem übertragenden verantwortungsvollen Führerwillen, dank glühender Vaterlandsliebe und Heimatliebe, dank der über alles Lob erhabenen Heldentaten der Mitkämpfer einst die Befreiung Ostpreußens aus bitterster Kriegsnot bedeutete, so soll der heutige Tag mit Gottes Hilfe befreiende Schicksalswenden für Deutschland werden und den Geist von Tannenberg 1914 im deutschen Volke wieder schlingen und wachhalten in alle Zeit.

Der Reichspräsident erwiderte hierauf mit Worten des Dankes für den Willkommengruß und fuhr dann mit erhabener Stimme fort: „Das Tannenbergnationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedächtnis derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihre Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stelle feierlich zu erklären: Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an diesem größten aller Kriege, weist wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück! Nicht Reich, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen und mit reinen Händen hat das deutsche Volk das Schwert geführt. Deutschland ist jederzeit bereit, dies vor unparteilichen Richtern nachzuweisen.“ (Stürmischer Beifall!)

Der Reichspräsident gab sodann dem Wunsche Ausdruck, daß an diesem Erinnerungsmal stets innerer Eifer zerschellen möge, und schritt nach Öffnung der Pforte zum Nationaldenkmal die Ehrenkompanie ab, begrüßte die erschienenen Ehrengäste und fuhr dann im Wagen die lange Front der kameradschaftlichen Vereine und der Mitkämpfer der Schlacht von Tannenberg ab.

Die Abfahrt der Front dauerte etwa 1 1/2 Stunden. Inzwischen hatten sich die Fahnen der ehemaligen Regimenter und die Ehrengäste um die Medaillenanlage gruppiert. Nachdem der Reichspräsident mit seinen Begleitern in den Kreis getreten war, folgte, eingeleitet durch einen Choral der Feldgottesdienste, den der evangelische und der katholische Feldgeistliche abhielten. Flieger umkreisten den Denkmalsplatz. Mit Gebet und dem letzten Vers des Niederländischen Dankgebets schloß der weite Gottesdienst.

Reichspräsident von Hindenburg trat dann an die Rednerkanzel heran, von der aus Regierungsbauarbeiter Krüger, dessen preisgekrönter Denkmalsentwurf zur Ausführung gelangte, an alle seine Mitarbeiter herzliche Worte des Dankes richtete und den goldenen Schlüssel zum Tor des Denkmals dem Vorsitzenden des Denkmalsausschusses, Generalmajor a. D. Kahns, übergab. Dieser wiederum ließ durch einen Knaben und ein Mädchen auf einem Kissen mit einer kurzen Ansprache den Schlüssel dem Reichspräsidenten überreichen. Auf die Ansprache erwiderte der Reichspräsident mit folgenden Worten: „Möge der Geist von Tannenberg durch dieses Denkmal der Nachwelt erhalten bleiben.“ Lebhaftige Zustimmung fanden diese Worte:

Der Zug mit dem Reichspräsidenten an der Spitze bewegte sich nunmehr zu dem Nordtor des Denkmals, das der Reichspräsident öffnete. Durch die gewaltigen eichenen Türen durchschritten der Reichspräsident und die Ehrengäste das Tor und gelangten in das Innere des Ehrenhofes. Hier hatten sich terrassenförmig viele Hunderte von Fahnen der Verbände und die Chargierten der Universität Königsberg und der Technischen Hochschule in Danzig aufgestellt, ein Bild von wunderbarer Schönheit, von dem der Reichspräsident sichtlich tief ergriffen war. Wichtige Personenlänge begrüßten den Reichspräsidenten. Dieser legte sodann an dem in der Mitte des Ehrenhofes errichteten Altar einen goldenen Kranz zu Ehren der Gefallenen mit einem Gebet nieder, zahlreiche weitere Kränze bedeckten schnell den ganzen Altar.

Nach Gesangvorträgen begab sich der Reichspräsident mit seiner Begleitung in den sogenannten Fahnenturm, wo er sich in das Goldene Buch eintrug. Ein Rundgang durch die ganze Denkmalsanlage machte den Beschluß der Feier im Ehrenhof. Inzwischen hatten sich die Verbände auf der Straße nach Hohenstein zum Vorbeimarsch vor dem Reichspräsidenten und den Heerführern geordnet. Auch hier bot sich den nach Tannenberg zählenden Zuschauern ein farbenprächtiges Bild. Der Vorbeimarsch mit klingendem Spiel nahm über zwei Stunden in Anspruch. Nach seiner Beendigung begab sich der Reichspräsident im Kraftwagen nach Allenstein. Heute abend erfolgt eine festliche Beleuchtung des Denkmals, verbunden mit Zapfenstreich.

Englische und französische Pressestimmen

W.D. London, 19. Sept. (Tel.) Die Berliner Korrespondenten der Londoner Blätter berichten ausführlich über die Tannenbergfeier und die Rede des Reichspräsidenten. „Daily Chronicle“ schreibt: Deutschland hat in der Person seines Staatsoberhauptes öffentlich und nachdrücklich jede Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges bestritten und eine Herausforderung an die Welt erlassen, um sie dazu zu bringen, die Angelegenheit einem unparteilichen Gerichtshof

zu unterbreiten. Der Korrespondent sagt, abgesehen von dem Nachdruck der Worte des Präsidenten seien Begleitumstände vorhanden, die zu der Annahme zwingen, daß die Regierung Marx den gegenwärtigen Augenblick gewählt habe, um das freitrag zu machen, was nach Ansicht deutschnationaler Schriftsteller die Grundlage des Versailles Vertrages bildet, ohne die der Vertrag keine moralische Berechtigung habe, nämlich Deutschlands Verantwortung für den Weltkrieg.

W. W. Paris, 19. Sept. (Tel.) Mit der Rede des Reichspräsidenten in Tannenberg beschäftigen sich bis jetzt nur wenige Blätter. — Der sozialistische „Revue“ stellt die geistige Feier auf Douaumont, wo ein Denkmal für das Massengrab der dort beigefallenen alliierten Soldaten eingeweiht wurde, der Feier von Tannenberg gegenüber und erklärt, Marschall Rétain habe von der Verteidigung eines Ideals der Zivilisation durch die Intellektuellen gesprochen. Hindenburg habe erklärt, daß Deutschland für den Krieg nicht verantwortlich sei. „Wir“, so fährt das Blatt fort, „sind der Ansicht, daß diese politisch-militärischen Kundgebungen zehn Jahre nach dem Waffenstillstand mehr als überflüssig sind. Es gibt überhaupt hier wie in Deutschland anderes zu sagen und zu tun. Der Geist von Verdun und der Geist von Tannenberg können nicht ohne Gefahr in den beiden Ländern kultiviert werden. Es wäre besser, den Geist des Völkerbundes zu entwickeln, sich entschlossen der Zukunft der Wiedervereinigung und dem Frieden zuzuwenden, anstatt in Wohlgefallen kriegerische Erinnerungen wachzurufen, die nur den Haß wieder wecken können.“

„Figaro“ schreibt: „Den Versailles Vertrag zunichte zu machen und die Debatte über die Kriegsverantwortlichkeit wieder aufzurollen, so schlägt der Reichspräsident „feierlich“ vor. Die Stunde ist glücklicherweise noch nicht gekommen, in diesem Punkte nachzugeben. Vielleicht war es gut, daß die Ansprache von Tannenberg uns erneut offiziell die wahre Sprache Deutschlands zu Gehör gebracht hat.“

Politische Neuigkeiten

Eine Rede des Reichsfinanzministers

Bei der in Köln abgehaltenen Jahresversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigungen der Deutschen Zentrumspartei hielt am Sonntag Reichsfinanzminister Dr. Köhler eine Rede.

Der Minister sprach zu der Frage: „Reichs- und Gemeindefinanzen und die geplante Rahmengesetzgebung des Reiches“. Er wolle Gelegenheit nehmen, einmal vom Standpunkt des Reichsfinanzministers zum Gesetzentwurf über die Steuervereinfachung Stellung zu nehmen. Im Interesse der gesamten Wirtschaft müsse das Realsteuerrecht vereinheitlicht und übersichtlicher werden. Er lehnte es hinsichtlich seiner Finanzpolitik ab, im Halbbundel weiter zu arbeiten. Der Minister ging dann im einzelnen auf das Steuervereinfachungsgesetz ein und gab eine Übersicht über die wichtigsten Bestimmungen der einzelnen Gesetzentwürfe. Das wesentliche aus dem Entwurf über die Gewerbesteuer sei die Bestimmung einer einheitlichen Maßzahl für die Steuerbemessung und der Grundgedanke, daß vor allem der Gewerbeertrag maßgebend sein soll. Von einer sofortigen allgemeinen Senkung der Realsteuer um 20 Proz. könne niemals die Rede sein. Das Ziel der Reichsreform sei jedoch, in absehbarer Zeit eine allmähliche und beträchtliche Senkung zu erreichen. Die Befolungsreform des Reiches solle auch den Ländern und Gemeinden im Rahmen der Anpassung an die Verhältnisse maßgebend sein. Die Beamtenbefolungsreform, die nach langwierigen Beratungen im Reichskabinett nunmehr endgültig angenommen sei, sei eine notwendige und soziale Reform. Besonders verwahrte sich der Minister gegen die Bestrebungen, die Beförderung, die die Beamtengehältererhöhung bringt, durch Preisermäßigungen auf dem Bedarfsmarkt wieder wettzumachen. Die Reichsregierung werde dies unter keinen Umständen zulassen. Der Minister verwahrte sich weiter gegen den ihm gegenüber erhobenen Vorwurf des Antiarismus und die ihm anlässlich des Steuervereinfachungsgesetzes zugeschriebene Absicht, die Selbstverwaltung der Gemeinden zu zerschlagen. Durch den Gesetzentwurf sei ein wesentlicher Fortschritt auf dem Wege der Vereinheitlichung der Steuererhebung gemacht. Die bewegliche Gestaltung der Einnahmemöglichkeiten der Länder und Gemeinden sei bewußt eingeleitet und fortgeführt. Solange er Minister sei, arbeite er an der Vereinfachung und Vereinheitlichung des deutschen Steuerwesens und auch damit an der großen Reform der öffentlichen Verwaltung.

Badisches Landestheater

Uraufführung

Treibjagd

Ein Stück in drei Akten, von Bernhard Blume.

In Szene gesetzt von Felix Baumbach.

Daß die dritte Neueinstudierung sogleich eine Uraufführung ist, zeigt ein erfreuliches Bestreben der Intendanz, die schaffende Jugend im Landestheater zu Wort kommen zu lassen. Daß der Verfasser der amstrittenen „Fahrt nach der Südpole“, Bernhard Blume, dazu auswählt wurde, zeigt begründeten Wert zu Wagnissen.

Daß die uraufgeführte „Treibjagd“ kein Treffer in der dramatischen Lotterie war, darf den Mut nicht lähmen. Auch wer das Stück ablehnt, wird nicht leugnen können, daß es wenigstens stufenweise dramatisch und seelisch fesselt. Der Gesamteindruck ist allerdings schwach, namentlich durch die schleppende Länge des zweiten, und den sentimental-symbolischen Schluß des dritten Aktes. Der in den mobilsten Revolutionsdramen von Büchners „Danton“ bis zum „Diktator“ hochbewanderte Verfasser hat den zeitgemäßen Stoff der bolschewistischen Revolution mit den Spannungselementen beliebter Detektivromantiken durchäuert und ihm reichlich literarische Symbolik, wie sie in der russischen Literatur, namentlich bei Dostojewski, Tolstoj und Gorki von immer wiederkehrenden Fedjanaturen getragen wird, beigemischt. Filmbilder aus dem Machtkampf der weißen und roten Revolution im Petersburg des Oktobers 1919, die den Menschen als geketztes Tier der Treibjagd politischer, psychischer und physischer Kräfte zeigen. Im Mittelpunkt die Tänzerin Anja Balbanowa, einst Großfürstentum, jetzt für die weiße Armee arbeitend, aber als der roten Macht verdächtig für diese spiegelnd. Sie steht zwischen dem Chef der politischen Polizei der roten Ogan und dem Spion der weißen Gogolin. Ogan wie Gogolin, jener für das neue Gesetz, dieser für sein Leben, haben alle menschlichen Rücksichten beiseite geschoben; deshalb sind sie erfolgreich. In Anja brennt sich die gequälte Menschlichkeit auf, sie will Mensch bleiben, nicht Tier werden und kann deshalb nur im Tode Freiheit finden. Hier liegt die seelische Stärke des Dramas. Wir fühlen den treibenden Strom seelischer Leidenschaft in der harten, gestülpten, von den Gesenpolen Ogan und Gogolin verkörperten Wirklichkeit, an der sie sich zu Tode wunden stößt. Aber Blume hat daraus kein einheitliches, geschlossenes Drama gestaltet. Zunächst hat er unser dramatisches Interesse zu stark abgelenkt durch den Kampf der Gegenspieler Ogan und Gogolin, der durch seine, der Detektivromantiken entnom-

Vertretertag des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich

Im Ständehaus des Provinziallandtages zu Düsseldorf begannen am Samstag die Verhandlungen des 8. Vertretertages des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich, die sich in erster Linie mit der jetzt in ein akutes Stadium eingetretenen Frage der Entschädigung befaßt. Ministerialrat Donnervert führte den Vorsitz. Die Beratungen begannen mit einem ausführlichen Referat des Rechtsanwalts Dr. Burper, der an dem Entwurf des Reichsfinanzministeriums scharfe Kritik übte und als einzige annehmbare Grundlage für die Entschädigung die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der Interessentenverbände bezeichnete. Denselben Standpunkt vertraten die zahlreichen Diskussionsredner. Zahlreiche Entschädigungen zur Entschädigungsfrage fanden in der Schlußsitzung am Sonntag in einer Gesamtentscheidung einstimmig Annahme. Sie lautet:

„Die Vertreter von 180 Ortsgruppen des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich lehnen den Regierungsentwurf für ein Kriegsschadenschlußgesetz einmütig ab. Die Entschädigungen sind sowohl in ihrer Höhe als auch wegen der vorgeschlagenen Zahlungsart völlig ungenügend. Nichtschäden wurden überhaupt nicht berücksichtigt. Die drückende Not der Vertriebenen wird auf diese Weise nicht behoben, sozialen Gesichtspunkten ist in keiner Weise Rechnung getragen, ein Wiederaufbau selbst in bescheidenen Grenzen ist nicht möglich. Die von der Arbeitsgemeinschaft der Interessentenvertretungen aufgestellten, von der Allgemeinheit als durchaus bestehend und für die Reichsfinanzen tragbar anerkannten Entschädigungsforderungen entsprechen den dringendsten Bedürfnissen und müssen mit aller Entschiedenheit aufrechterhalten werden.“

Der Straßburger Caritaskongress

Auf den Artikel im „Elsaß“ (Straßburg), wegen des mißglückten internationalen Caritaskongresses hat Bischof Ruch von Straßburg ein Schreiben an genannte Zeitung gerichtet, in dem er sich gegen den Verdacht verwehrt, als sei sein plötzlicher Entschluß, dem Caritaskongress nicht beizuwohnen, die Folge eines Drudes der Zivilbehörden oder Nationalisten gewesen. Über den Caritaskongress habe er nur die Ansicht des Heiligen Stuhles entgegengenommen, und der Heilige Vater allein sei es gewesen, der seine Meinung bestimmt habe. Im übrigen wird die Zeitung gerügt, daß sie sich dem Oberhirten gegenüber nicht die nötige Reserve aufgelegt habe.

In einer Erklärung läßt der „Elsaß“ die Frage offen, ob das internationale Komitee in seiner Beziehung zum Heiligen Stuhl eine Unterlassung verschuldet habe. Das Straßburger Lokalkomitee scheint hierbei völlig auszukommen, da es ja bekanntlich nur die technischen Vorbereitungen des Kongresses zu erledigen hatte. Es werde also schon so sein, daß französische Regierungskreise ihren Einfluß bei der Kurie geltend gemacht haben, da ihnen die Anwesenheit deutscher Kirchenfürsten auf einem Kongress in Straßburg nicht erwünscht war.

Geheimrat v. Gruber 7. Geheimrat Nag von Gruber, der bekannte Münchener Hygieniker und Präsident der bayerischen Akademie der Wissenschaften, ist im 75. Lebensjahr in Verchtsbad einem Schlaganfall erlegen.

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Magdeburg. Zu der am 23. Sept. in Magdeburg tagenden Hauptversammlung des Deutschen Städtetages haben seitens der Reichsregierung Reichsminister Dr. Marx und Reichsfinanzminister Dr. Köhler ihr Erscheinen zugesagt. Von der preussischen Regierung werden Innenminister Grzesinski und Wohlfahrtsminister Stöcker an der Tagung teilnehmen. Auch Reichstagspräsident Lohse hat seine Teilnahme zugesagt. Die Verhandlungen des ersten Tages (Rede des Reichsministers, Vortrag des Reichspräsidenten Dr. Müller, „Reichspolitik und Städte“) werden durch Rundfunk verbreitet und vom Deutschlandsende übernommen werden.

Litauische Offiziere in Deutschland. In einer Zeitungsmeldung, daß eine größere Zahl litauischer Offiziere in Deutschland eintreffen würde, wird den Blättern mitgeteilt, daß diese Nachricht zutrifft. Bereits vor der Zuspitzung der Verhältnisse zwischen Litauen und Deutschland ist von litauischer Seite der Antrag gestellt worden, 21 litauischen Offizieren den Besuch in Deutschland zu gestatten, um techn. Dinge, wie Funkanlagen u. dgl. zu besichtigen. Die Offiziere werden in Zivil eintreffen und an irgendwelchen militärischen Übungen nicht teilnehmen.

menen Spannungen den Seelenkampf Anjas überläßt. Und wenn der Dichter, diese Gefahr erkennend, die Stimme von Anjas Seelenkampf verstärken will, indem er ihm in Wankin den lyrischen Symbolträger zugefellt, so gelingt es ihm nicht, diesen Typus des „lebenden Zeichens“ überzeugend lebendig zu gestalten. Er wirkt als dünne Bettelstuppe literarischer Herkunft. Damit scheitert das Stück, obwohl man es dramatisch-dichtersicheren Atem verspürt hat. Bernhard Blume bleibt eine Verheißung.

Die Aufführung war musterhaft. Was getan werden konnte, um dem Stücke zum Erfolg zu verhelfen, war geschehen. Felix Baumbach hatte sich selbst dieser Mühe unterzogen und damit einen wohlverdienten künstlerischen Erfolg errungen, der ihm sicher nicht nur von dem dankbaren Publikum, sondern auch von dem Dichter anerkannt wird. Torsten Decht hatte mit sicherer Einfühlung die eindrucksvollen, zwischen Wirklichkeit und Symbol liegenden Bühnenbilder geschaffen, wovon vielleicht nur das erste, das Kaffeehausinterieur, mehr Deutlichkeit ertragen hätte. Baumbach mußte nun in diesem hübnischen Aufbau das Stück in vorzüglicher Rhythmus des Sprechtempo und der Lautstärke, der Gestik und der Bewegungen zu gestalten. Aberaus geschick etwa war die Verteilung der Personen auf der Szene im zweiten Akte. Eine unnötige Unterbrechung des ohnehin peinlichen Schlußes mag der Richtegel gewesen sein.

Das Verdienst des Spielleiters darf aber nicht vergessen lassen, daß er von Darstellern unterstützt wurde, die offensichtlich ihre ganze Kraft in den Dienst der Uraufführung gestellt hatten. Es mag sein, daß eine jüngere Darstellerin die Anja Balbanowa rein äußerlich hätte besser verkörpert können, an seelischer Ausdeutung der Rolle war Melanie Ermath nicht zu überreffen. Man hatte das Gefühl, daß sie der Gestalt der Anja über die Werte ihres dichterischen Schöpfers hinaus vertieftes Leben zu geben wußte. Ihr Widersacher Ogan wurde von Ulrich von der Trend überaus beherrschend, als Robespierrenatur wirkungsvoll dargestellt. Das Hauptinteresse des Abends aber bot die spielerische Leistung Stefan Dahlens als Gogolin. Diese Paarung von Ruhe und Leidenschaft in Sprache und Gestik, ohne jede Übertreibung war meisterhaft. Als Baron Fritsch zeigte sich in Eugen Schulz-Weiden eine neue Kraft unserer Bühne, die in ihrer nervös-zerfahrenen Lebens- und Todesangst wohl zu interessieren, doch nicht zu überzeugen vermochte, wobei ich aber nicht entscheiden kann, was bei dem Verfasser aufs Dichterlonto zu schreiben ist. Als Smigal ertrug Hermann Brand, der in sorgfältiger Arbeit an sich selbst immer wertvoller als Darsteller charakteristischer Typen für unsere

Am 1. Oktober Vorkäufe an die Beamten. — Wie die „Deutsch. Allg. Ztg.“ erfährt, ist die endgültige Beschlußfassung über den Entwurf des Beamtenbefolgungsgesetzes in der Sitzung des Reichskabinetts am Freitag abend, darauf zurückzuführen, daß die Vorlage für die Beratung im Reichshauschatsausschuß am 22. Sept. fertiggestellt werden sollte, um die Auszahlung von Vorkäufen an die Beamten am 1. Oktober zu ermöglichen. Aus technischen Gründen ist die Veröffentlichung des Gesetzentwurfes nicht vor Mitte nächster Woche zu erwarten. Außerdem soll der preussischen Regierung die Möglichkeit geboten werden, ihre Befolgungsordnung dem Reichsentwurf anzupassen.

Ein italienisch-litauischer Schiedsgerichts-Vertrag wurde in Rom von Mussolini und Wolbemas unterzeichnet. Der Vertrag sieht ein Schlichtungsverfahren zur Lösung jeder zwischen den beiden Ländern etwa entstehenden Streitfrage vor. Das Handelsabkommen enthält die Weistbegünstigungsklausel für die Zolltarife und diejenige Italiens besonders interessierende Erzeugnisse festgesetzt werden sollen. Das Abkommen regelt auch die Niederlassungsbedingungen und die Ausübung der Schifffahrt.

Kabelteilungen Berlin-Budapest. Zwischen Berlin und Budapest sind zwei neue Fernleitungen in Betrieb genommen worden. Die neuen Leitungen führen vollständig unterirdisch von Berlin über Nürnberg-Bassau-Linz nach Wien, wo sie in das Fernnetz Wien-Budapest übergehen, das soeben ausgebaut worden ist. Der Betrieb wird sich nunmehr unabhängig von Wind und Wetter abwickeln. Zwei weitere Kabelteilungen nach Budapest, eine von Frankfurt a. M. und eine von Nürnberg aus, werden ebenfalls dem Verkehr mit Ungarn dienen.

Badischer Teil

Zur Einweihungsfeier des Tannenberg-Nationaldenkmals

Zur Einweihungsfeier des Tannenbergnationaldenkmals am Sonntag, den 18. September 1927 ist nachstehendes Telegramm des Herrn Staatspräsidenten abgegangen:

„Am Tage der Einweihung des Denkmals zur Erinnerung der Schlacht von Tannenberg gedenkt auch das badische Volk und die badische Staatsregierung dankbar jener ruhmwürdigen Tat zur Errettung Ostpreußens aus Feindesnot. Möge das Tannenbergnationaldenkmal hierfür ein stetes Wahr- und Mahnzeichen für Einigkeit und Opfergeist auch für kommende Geschlechter sein.“

Dr. h. c. Trunk, Staatspräsident.“

Grotauf ist heute folgendes Telegramm eingegangen: „Allenstein, 19. September.“

Staatspräsident Trunk, Karlsruhe.“

Für Ihr freundliches Gedenken am gestrigen Tage der Einweihung des Tannenbergnationaldenkmals danke ich Ihnen aufs herzlichste

von Hindenburg, Reichspräsident.“

Aus den Parteien

Der Generalsekretär der Deutschen demokratischen Partei in Baden, Landtagsabgeordneter Dees, wird, wie die „N. Bad. Landeszt.“ meldet, demnächst aus seinem Amte scheiden, um einem Rufe auf einen leitenden Posten eines Verlagsunternehmens in Frankfurt a. M. zu folgen. Sein Landtagsmandat wird auf den nächsten Kandidaten der Landesliste, Fabrikant Otto Burdhardt, Heidelberg, Präsident des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, übergehen. Der Wegzug des Abg. Dees von Karlsruhe, wird auch in badischen Journalistenkreisen lebhaft bedauert. Der Verein Karlsruher Presse und mit ihm die Ortsgruppe Karlsruhe des Landesverbandes badischer Redakteure verliert den langjährigen und verdienten ersten Vorsitzenden.

Bühne geworden ist. Sein weich-brutaler russischer Offizier war eine Glanzleistung. Fritz Herz verliert dem biden genieherischen Buul sympathische Züge. Scharf pointiert wirkte als Gisaweta Hermine Jiegler, ebenfalls eine neue Kraft, die für unsere Bühne Gutes verspricht. Walbemar Leitgeb konnte dem Wankin nicht mehr Leben einflößen, als ihm der Dichtervater verliehen hatte. Elisabeth Vertram zeigte sich als Olga beweglich und entwicklungsfähig. Einen prachtvollen Amerikanertypus stellte unser neuer „Heldenwatter“ Paul Hub. Schulze auf die Bühne.

Eine wohlgelungene Aufführung, die dem Landestheater Ehre macht.

Aida

Verdis Meisteroper — immer wieder patend und auch musikalisch äußerst wirksam bis zum unwahrscheinlichen Schlußbild — erlebte am Sonntag abend vor gutbesuchtem Haus eine Wiedergabe von einiger Wichtigkeit. Es war namentlich der orchesterale Teil, der unter der Direktion von Rud. Schwarz stark interessierte. Denn selbst gegen eigenwillige Sänger wußte der junge Dirigent so sehr seine persönliche Auffassung der Partitur zu behaupten, daß man einer absolut geschlossenen Darbietung gegenüberstand. Man konnte ihr durchaus beipflichten und vor allem schwingvolles Temperament nachrühmen. Es ist wohl schon an der Zeit festzustellen, daß das Engagement eines so tüchtigen Kapellmeisters für unser Institut nur von Gewinn sein kann. Wieder hörte man in dieser Vorstellung Melba von Fortung, die gerade als Aida gastierte hatte und daraufhin trotz geteilter Beurteilung hierher berufen wurde. Sie bot eine Leistung, die sie zweifellos für eine ihrer besten hält. Und sie war in der Tat ebenso schwarz wie energisch, ebenso erotisch wie patriotisch. In die noch oft etwas scharfe Höhe ihrer Stimme wird man sich indes erst gewöhnen müssen. Aber auch diesmal fiel angenehm auf, daß sie wenigstens rein singt und höchst zuverlässig scheint. Den ebenfalls in der früheren Gesamtbefragung neuen Amonasco von Josef Müller konnte man mit großer Bewunderung verfolgen, zumal in ihm bedeutsam jene Tragik mitverkörpert war, die einigen andern Hauptfiguren vollkommen verlag blieb. So stand z. B. der Nababes von Theo Straß recht opernhafte zwischen den schmetternden Kriegs- und Siegesfanfaren. Da er auch über Gebühr seine Kehle intakt halten wollte, kam man nach einmal gesanglich ganz auf seine Kosten. Desto mehr Anerkennung verdiente Magda Straß, die als Amneris um diesen Helden mit seltener, überdies echt ägyptisch stilisierter Hingabe warb und litt.

Die Reichsbahn und die elektrischen Kraftwerke in Baden

Auf der in Stuttgart abgehaltenen wissenschaftlichen Tagung höherer Reichsbahnbeamter verbreitete sich Ministerialdirektor Prof. Dr. Gleichmann, Berlin, über die Verwendung der Wasserkraft für den elektrischen Zugbetrieb der deutschen Reichsbahn und führte dabei u. a. aus, daß auf verkehrsreichen Strecken mit großen und langen Steigungen der Zugbetrieb mit elektrischen Maschinen gegenüber den Dampfmaschinen wesentlich beschleunigt werden könne. Allerdings sei der Ausbau von Wasserkraften, die für den elektrischen Zugbetrieb in Frage kommen, heute wesentlich schwieriger als früher, weil die Baupreise erheblich gestiegen sind, während die Wärmekraftanlagen, die den Wertmaßstab für die Elektrizitätserzeugung bei uns bestimmen, die höheren Kohlen- und Baupreise durch die großen Fortschritte in der Wärmewirtschaft fast ausgeglichen werden. Für den elektrischen Zugbetrieb kämen daher nur die bauwürdigsten und leistungsfähigsten Wasserkraften in Betracht, die in gemeinsamem Zusammenhange zwischen der deutschen Reichsbahn und den Landeselektrizitätsunternehmungen auszubauen wäre. Auf die Kraftwerke in Baden hinweisend erklärte der Redner, das Schwarzenbachwerk und das Schluchseewerk würden in Verbindung mit den Rheinkraftwerken Ahrburg-Schwörstadt usw. sehr geeignete Kraftquellen für den Reichsbahnbetrieb werden. Es sei eine wichtige Aufgabe unserer Elektrowirtschaft, Wärmekraft und Wasserkraft zu gemeinsamer und erfolgreicher Arbeit zusammenzuführen und unfruchtbareren Wettstreit zu vermeiden.

Besuch der badischen Hochschulen

Nach einer amtlichen Übersicht der Studierenden der Universitäten Heidelberg u. Freiburg, sowie der Technischen Hochschule Karlsruhe u. der Handelshochschule Mannheim im Sommersemester 1927 wies die Universität Heidelberg eine Gesamtzahl von 3188 (615 Studentinnen), die Universität Freiburg eine Gesamtzahl von 3406 (darunter 560 Studentinnen) die Technische Hochschule Karlsruhe eine Gesamtzahl von 1868 (87 Studentinnen) und die Handelshochschule Mannheim eine Gesamtzahl von 1021 (darunter 170 Studentinnen) auf.

Der Deutsche Richterbund in Karlsruhe

Der Deutsche Richterbund hat, wie gemeldet, am 10. und 11. September in Karlsruhe unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Reichert, Leipzig, seine Vertreterversammlung (8. außerordentlicher Richtertag) abgehalten. Am Samstag war im Künsterhaus ein Begrüßungsabend, bei dem Oberlandesgerichtsrat Winter als Vorsitzender der Karlsruher Ortsgruppe des badischen Richtervereins die Teilnehmer begrüßte. Am Sonntag fanden die Verhandlungen statt, an denen etwa 50 Vertreter der Richtervereine der einzelnen Länder teilnahmen. In erster Linie wurde das Ergebnis der Beratungen der Gerichtsverfassungskommission erörtert, daneben eine Reihe von Ständesfragen; schließlich wurden die neuen Satzungen des Bundes beschlossen, sowie eine Entschließung zur Frage der Besoldungsreform gefaßt, die den zuständigen Reichsministerien, sowie den zuständigen Ministerien der Länder zur Kenntnis gebracht werden soll. Die Entschließung zur Besoldungsreform hat folgenden Wortlaut:

Nach der bisherigen Entwicklung der Besoldungsreform droht der Stellung der Rechtspflege im Staate die ernste Gefahr, daß die Richter in ihrem Einkommen hinter anderen Staatsbeamten zurückgelassen werden. Eine Minderbewertung des Richteramtes kann kein Staat mit geordnetem Rechtsleben ertragen. Willig und uneingeschränkt aber mit der Stellung der Rechtspflege im Staat würde es sein, wenn die Richter gerade deshalb zurückgesetzt würden, weil ihre Beschäftigung infolge ihrer staatsrechtlichen Stellung anders geregelt ist als die Beschäftigung der übrigen Beamten.

Die Tagung des Bad. Waldbesitzerverbandes

Die am 1. Oktober in Schopfheim abgehalten wird, wird u. a. ein Referat des Vorsitzenden, des Reichsforstwirtschaftsministers Freiherrn v. Stein über „Forstpolitik und Waldbesitzerverbände“ bringen. Naturgemäß wird auch über die Gestaltung des Holzverkaufs eine eingehende Aussprache stattfinden. Es handelt sich um die 10. ordentliche Mitgliederversammlung eines Verbandes, dem z. Bt. 898 Gemeinden und öffentl. rechtliche Körperschaften mit 190 277 ha, sowie 1395 private Waldbesitzer mit 90 664 ha angehören. Insgesamt vertritt also der Verband die Interessen von Waldbesitzern, die über annähernd 281 000 ha Wald verfügen. Der Kleinwaldbesitz ist in Ortsgruppen zusammengeschlossen, die die Organisation zur fortwährenden Belehrung darstellen.

Die neue Mannheimer Ausstellung: Graphische Werbekunst

Die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des Deutschen Werkbundes von der Städtischen Kunsthalle zu Mannheim arrangierte „Internationale Schau zeitgemäßer Kalligraphie — Graphische Werbekunst“ wurde am Samstag nach einer Führung von Vertretern der Presse der Öffentlichkeit übergeben.

Die Ausstellung deckt die Beziehungen zwischen der Kunst und dem Kaufmann auf und weist, daß es auch in der Kalligraphie, vornehmlich bei den Plakaten Gutes und Schlechtes gibt, ja noch mehr, daß selbst in den Plakaten wie überall eine „Entwicklung“ festzustellen ist. Welcher Unterschied zwischen einem Plakateplakat aus der Vorkriegszeit und einem heutigen Plakateplakat? Während vor dem Kriege die Plakate sich rein bildmäßig, flächenmäßig darstellten, dann gegen Ausgang des Krieges nach ganz neuen Formen suchten, macht sich heute ein mehr plastisches Streben in den Plakaten geltend, daneben die „Photomontage“ — das Plakat wird mit einer Photographie, diese entweder in ihrem Original oder in der Bearbeitung, versehen, die Anziehungspunkt bilden soll. Auch die Kunstrichtung der „Neuen Sachlichkeit“ ist in der Plakatkunst wiederzufinden: das reine Blockschrittplakat.

Daß diese Wandlungen in der Plakatkunst nicht auf Deutschland beschränkt sind, zeigt ein Gang durch die nunmehr neu eröffneten Räume, die die Plakatkunst Frankreichs, Österreichs, der Tschechoslowakei, Polens, Ungarns, der Schweiz, Hollands, Englands und Danemarks zeigen. Und doch ist die Kunst in diesen Ländern wieder so ganz anders, originär. Frau Kronberger-Frenken, die Assistentin der Stadt. Kunsthalle schildert in einem Aufsatz des offiziellen Katalogs „Die Nationalitäten in der Werbekunst“ den Vergleich der Wesenszüge der einzelnen Nation in der Werbekunst, den man bei einem Gang durch die Ausstellung nur belächeln wird.

Anschließend an die Besichtigung der Ausstellung durch die Vertreter der Presse fand eine Führung des Stadtrats durch Direktor Fortlaub und Dr. Sträubing statt.

Buchdruckerlagung in Baden-Baden

Baden-Baden, 18. Sept. Der Deutsche Buchdruckerverein e. V., der Zusammenschluß der Buchdruckermeister Deutschlands, dessen Aufgaben in der Wahrung und Förderung wirtschaftlicher, sozialpolitischer und allgemein gewerblicher Interessen bestehen, hielt am 17. und 18. September im Kurhaus zu Baden-Baden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Tagung zeichnete sich durch außerordentlich starke Beteiligung aus, übertraf an Teilnehmerzahl alle bisherigen Versammlungen des Deutschen Buchdruckervereins und war der größte Kongress, der bisher in Baden-Baden tagte. Am Samstag abend wurde die Tagung im Kurhaus mit einem Festakt eröffnet. Der Vereinsvorsitzende, Dr. Petersmann, Leipzig, begrüßte die aus allen Gauen des Deutschen Reiches zusammengeströmten Delegierten und Mitglieder mit ihren Angehörigen, besonders den badischen Staatspräsidenten Dr. Trunt, den Minister des Innern, Kemmele, den Finanzminister Dr. Schmitt, den Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden und als Vertreter des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und des Arbeitgeberverbandes im Deutschen Zeitungsverleger, Kommerzienrat Ahn, Köln. Im Verlaufe des Festaktes überbrachte Staatspräsident Dr. Trunt den Willkommensgruß der badischen Regierung und des Badenlandes, Oberbürgermeister Pfister, Baden-Baden, die Grüße der Stadtverwaltung, während Kommerzienrat Ahn der Tagung im Namen des Vereins Deutscher Zeitungsverleger einen erfolgreichen Verlauf wünschte. Gremialpräsident Siegel, Wien, vom Verein österreichischer Buchdruckermeister, entbot der stammverwandten Schweizerorganisation herzlichsten Gruß. Den Willkommen des Ortsvereins Baden-Baden im Deutschen Buchdruckerverein überbrachte Stadtrat Kölsch. Ein Festvortrag von Dr. A. Venz, Heidelberg, über das Thema: „Gutenbergs Kunst und ihre Bedeutung für unsere Kultur“ beschloß den Festakt, der mit dem Vorspiel zu den Meisterfingern durch das Stadt. Kurorchester eingeleitet wurde.

Die Beratungen am Sonntag wurden von dem Vereinsvorsitzenden Dr. Petersmann, Leipzig, und Rudolf Zidfeldt, Osterwieck, geleitet. Im Vordergrund der umfangreichen Tagesordnung standen im Zusammenhang mit einer Anzahl bedeutungsvoller Vorträge aus dem sozial- und wirtschaftspolitischen Gebiete, sowie über Maßnahmen zu einer nachdrücklichen Förderung der gewerblichen Berufsausbildung alle diese Aufgaben berührenden Fragen zur Beratung und Beschlussfassung. Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der Vortrag von Prof. Dr. J. Schumpeter, Bonn, „Der Eingriff der öffentlichen Hand in die Privatwirtschaft, besonders in das Buchdruckgewerbe“ entgegengenommen. Der Redner wandte sich gegen große Schädigungen, die dem Buchdruckgewerbe in zunehmendem Maße durch behördlich betriebene Druckereien erwachsen.

Landwirtschafts- und Gewerbeausstellung in Ettlingen

Im Rahmen der 700-Jahrfeier findet in Ettlingen eine landwirtschaftliche Ausstellung des Pfingstgauerverbandes und Gewerbeausstellung statt. Die Eröffnung erfolgte Samstag vormittag 9 Uhr im Saale des ehemaligen Offizierskasinos. Zu der Feier waren Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Landwirtschaftskammer Karlsruhe, der Handwerkskammer Karlsruhe usw. erschienen.

Bürgermeister Dr. Fuchs wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Bedeutung der Ausstellung hin, die beweise, daß nach wie vor Landwirtschaft und Gewerbe in ihrer Vielgestaltigkeit zu den Hauptträgern unserer gesamten Volkswirtschaft gehören. Für Landwirtschaft und Gewerbe möge eine neue Blütezeit eintreten. — Minister Kemmele sprach die besten Wünsche für den guten Erfolg der Ausstellung aus und hob hervor, daß die Regierung nach wie vor zur Unterstützung der Landwirtschaft alles tun werde, was in ihren Kräften stehe. Bei der Regierung habe schon seit langer Zeit der Wunsch bestanden, ein neues Gebäude für das Landesgewerbeamt zu errichten. Man dürfe jetzt die Hoffnung hegen, daß dieser Gedanke in absehbarer Zeit zur Tat werde. Landrat Dr. Fopp, Ettlingen, eröffnete sodann die Ausstellung. Es folgte ein Rundgang durch die Ausstellung. Mittags 12 Uhr erfolgte die Preisverteilung. Rund 8000 M. Geldpreise und verschiedene Ehrenpreise gelangten zur Verteilung.

Die Ausstellung soll ein Bild des Standes der Landwirtschaft in Baden geben. Der Abteilung des bei uns hochkultivierten Obstbaues ist besondere Sorgfalt gewidmet. Auch die Pferde-, Rindvieh- und Schweineausstellung dürfte ein lückenloses Bild der badischen Tierzucht bieten. — Die Gewerbeausstellung, gestellt von den gesamten produzierenden und güterverteilenden Ettlinger Gewerbebetrieben — 128 Aussteller — wird in weiten Kreisen das größte Interesse finden. In der Aufzucht der Tiere sind sämtliche Amtsbezirke des Pfingstgauer und der Amtsgerichtsbezirk Philippsburg beteiligt. Die Ausstellung ist durch eine Fiegenchau bereichert, bei der über 80 Tiere ausgestellt sind. Montag, den 19. Sep-

Eröffnung der Jahrhundertausstellung der Erzdiözese Freiburg i. Br.

In Anwesenheit zahlreicher Vertreter der Geistlichkeit und geladener Gäste fand Sonntag vormittag in Freiburg i. Br. im Augustinermuseum die Eröffnung der Jahrhundertausstellung der Erzdiözese Freiburg statt, zu der auch Erzbischof Dr. Karl Fritz, Weihbischof Dr. Burger, Oberbürgermeister Dr. Weber und als Vertreter der Regierung Landrat Geh erschienen waren.

Domkapitular Dr. Weber begrüßte die Erschienenen, und sprach zunächst allen denen den Dank aus, die zum Gelingen der Ausstellung beigetragen haben, sei es durch Zurverfügungstellung der Gegenstände, sei es durch tatkräftige Hilfe zur Durchführung des Ganzen. Besonderen Dank aber verdienen die Männer des Jahrhunderts, auf deren Schultern sie stehen und auf deren Leben und Wirken die verschiedenartigsten Ausstellungsgegenstände verweisen. Die Ausstellung diene der Kunst und der Wissenschaft, möge aber auch im religiösen Sinne wirken.

Domkapitular Dr. Grober, unter dessen Führung ein Rundgang durch die Ausstellung unternommen wurde, gab vorher einen Überblick über die einzelnen Abteilungen der Ausstellung. Unter der überaus reichen Fülle des Gebotenen seien hervorgehoben die Bilder der Bischöfe und Kathedralen der ehemaligen Bistümer, aus denen die neue Erzdiözese gebildet wurde (Konstanz, Straßburg, Speyer, Worms, Mainz und Würzburg), Karten der alten Bistümer, der meisten führenden Persönlichkeiten aus der Zeit der Gründung des Erzstifts. Der Stadt Freiburg und ihrem Münster um die Zeit von etwa 1820 bis etwa 1880 ist ein besonderer Abschnitt der Ausstellung gewidmet. In der Abteilung kirchliche Kunst der Erzdiözese findet man Ansichten, Pläne, Modelle der im letzten Jahrhundert im Gebiet der Erzdiözese Freiburg gebauten Kirchen. Weitere Abteilungen behandeln die katholische Wissenschaft, das katholische Zeitungswesen, die Caritasfürsorge. Angelehnt ist der Jahrhundertausstellung eine Ausstellung der Buchkunst alter Zeit. In den weiten Räumen des Augustiner Museums bieten diese beiden Ausstellungen einen vorzüglichen Überblick über die Entwicklung der Freiburger Erzdiözese im vergangenen Jahrhundert.

tember, wird durch die Landwirtschaftskammer die Schweine-schau des Pfingstgauer mit anschließendem Buchschweinemarkt abgehalten, wobei ungefähr 120 Tiere ausgestellt werden.

Personentarif-Konferenz

In diesen Tagen fand in Freiburg i. Br. eine internationale Personentarif-Konferenz statt, in der Fragen des deutsch-schweizerisch-österreichisch-italienischen Rundreiseverkehrs behandelt wurden. An den Verhandlungen nahmen Vertreter der Deutschen Reichsbahn, der österreichischen Bundesbahnen, der italienischen Staatsbahnen, der schweizerischen Bundesbahnen und anderer schweizerischer Transportanstalten teil.

Gemeinde-Rundschau

Eine Hindenburgstraße in Freiburg. Die als Hauptgangstraße zu dem neuen Sportgelände im Dreifantal sowie als Promenadenweg vorgesehene Straße auf dem südlichen Dreifantauer von der Fabrikstraße bis nach Ebnat, in ihrem westlichen Teil bisher Geleisstraße genannt, soll den Namen „Hindenburgstraße“ erhalten.

Der Brähler Voranschlag abgelehnt. Der Bürgerausschuß Brühl (Heidelberg), hat in seiner gestrigen Sitzung den Voranschlag der einen ungedeckten Aufwand von 59 168 M. aufweist, ohne daß von den Parteien entsprechende Erklärungen abgegeben wurden, abgelehnt.

Siedlerstand bei Berlin. Am Sonntag fand in der Siedlung Fuchsberge unweit Friedrichshagen b. Berlin eine Versammlung von kriegsbeschädigten Siedlern statt, in der über das Verhalten der gemeinnützigen Siedlungs-Gesellschaft Invalidentag bittere Klage geführt wurde. Die 124 Siedler, die einen Teil ihrer Renten kapitalisieren ließen und der Invalidentag diesen Betrag gaben, behaupten, daß nach fast zwei Jahren 64 Häuser gebaut worden seien, die fern jeder Straße auf Hügel liegend, ohne Licht- und Wasseranlagen aufgeführt worden seien, und die von den Bauherrn bestimmten des Magistrats und Polizeipräsidium als Schwindelbauten bezeichnet worden seien. Sämtliche Häuser seien baufällig und können nur mit 5-6000 M. Kostenaufwand pro Haus bewohnbar gemacht werden. Die Siedler haben ihre Vertrauensmänner beauftragt, mit dem Magistrat, den Kreis- und Reichsbehörden zu verhandeln.

Verschiedenes

Mißgünstiger Startversuch Lezines zu einem Indienflug. Lezine versuchte am Samstag in London zu einem Flug nach Indien aufzusteigen. Jedoch konnte sich das Flugzeug nicht vom Boden erheben.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. Sept.		17. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.28	168.52	168.20	168.54
Kopenhagen 100 Kr.	112.39	112.61	112.38	112.61
Italien . . . 100 L.	22.86	22.96	22.87	22.91
London . . . 1 Pf.	20.413	20.453	20.413	20.453
New York . . 1 D.	4.196	4.200	4.1955	4.2035
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.455	16.495
Schweiz . . . 100 Fr.	80.935	81.095	80.93	81.09
Wien 100 Schilling	59.15	59.27	59.16	59.28
Brag. . . 100 Kr.	12.435	12.453	12.439	12.459

Die Großhandelsindexziffer vom 14. September 1927 ist mit 139,8 nahezu unverändert geblieben.

Badische Baumwollspinnerei und -weberei Neudorf A.-G. In der in Ettlingen abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Bad. Baumwollspinnerei und -weberei Neudorf A.-G. wurden in Verbindung mit dem Wechsel der Aktienmajorität an Stelle dreier aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedener Mitglieder neue Aufsichtsratsmitglieder gewählt. Das Werk ist zur Zeit vollbeschäftigt.

Die diesjährige Frankfurter Herbstmesse wurde Sonntag vormittag in Anwesenheit der Spitzen der Behörden offiziell eröffnet. Die Zahl der Aussteller ist gegenüber der Frühjahrsmesse um etwa 20 bis 25 Prozent gestiegen. Am ersten Messetag war der Besuch außerordentlich stark. Neben den Besuchern aus Hessen und Westfalen waren auffallend stark vertreten die Einkäufer aus der Pfalz und dem Saar, gebiet, aber auch Baden, Württemberg und Nordbayern hatten erhebliche Kontingente von Einkäufern entsandt. Schätzungsweise beträgt die Besucherzahl des ersten Tages 15 000 bis 18 000 Personen.

Eine islamische Hochschule in Schweningen? Vor einiger Zeit hat sich in Berlin die „Islamia, akademische islamische Vereinigung Berlin“ gebildet, die von orientalischen Stiftungen unterstützt wird. Die „Islamia“ plant in Deutschland eine freie islamische Hochschule zu eröffnen, in der während der Universitätsferien die muslimischen Studenten aller europäischen Universitäten ihre wissenschaftlichen und religiösen Übungen fortsetzen. Wie die „Schweringer Zeitung“ erfährt, hat die akademische islamische Vereinigung mit den zuständigen Stellen in Schweningen Fühlung genommen und angefragt, ob die Moschee im Schweringer Schlossgarten für die Errichtung der freien islamischen Hochschule zur Verfügung gestellt werden könne. Die Schweringer Moschee ist nach dem Vorbild der weltberühmten Moschee Tadsch Mahal bei Agra in Vorderindien erbaut, die um das Jahr 1650 entstanden ist. Dieses Bauwerk gilt als das prächtigste islamische Denkmal. Die Verwirklichung des großzügigen Planes, wie ihn das genannte Blatt mitteilt, wäre für Schweningen natürlich von großer Bedeutung.

Richard-Strauß-Festspiele in Mannheim. Dr. Richard Strauß hat sich auf Einladung der Intendanten bereit erklärt, in der zweiten Hälfte November im Nationaltheater Mannheim persönlich mehrere seiner Opern zu dirigieren. Zur Aufführung sind vorgesehen: „Der Rosenkavalier“, „Intermezzo“ und „Salome“.

Badisches Landestheater. Diese Woche bringt im Schauspiel am Dienstag, den 20. September, die dritte Aufführung von „Florian Geher“, am Donnerstag, den 22. September, die erste Wiederholung von Bernhard Plumes „Freiburg“ und am Samstag, den 24. September, zum drittenmal Shakespeares Lustspiel „Die Lärmen um Nichts“. — Im Konzerthaus geht am Sonntag, den 26. September, „Unsere kleine Frau“ zum zweitenmal in Szene. In Vorbereitung befindet sich für den 30. Sept. die Erstaufführung der Komödie „Ein besserer Herr“ von Walter Hasenclever und für den 2. Oktober (Konzerthaus) die Erstaufführung des Schauspiel „Die gutgeschmittenen Ede“ von Hermann Sudermann, der Ende dieses Monats seinen 70. Geburtstag begeht.

